

# Interreg-Projekten droht das Aus

Der Bund will bei der grenzüberschreitenden Kooperation sparen. Das hätte handfeste Folgen für die Region Basel.

Peter Schenk

Der Bund muss sparen. Um nicht in die roten Zahlen zu rutschen, will er den Haushalt 2027 um 2,7 Milliarden Franken und 2028 um 3,6 Milliarden Franken entlasten. Betroffen davon ist auch die Neue Regionalpolitik (NRP), über die in der Oberrhein-Region im Rahmen der Interreg-Projekte die Zusammenarbeit mit den Nachbarn finanziert wird.

Generell beläuft sich das Budget für das Interreg-Programm 2021 bis 2027 auf insgesamt 479 Millionen Euro. Für die sieben Jahre übernimmt der Bund davon 45 Millionen Franken, die Kantone knapp 47 Millionen Franken. In ihrer Stellungnahme zur Vernehmlassung, die Anfang Mai endete, urteilte die Regio Basiliensis: «Der Schweizer Beitrag ist im Vergleich zum ausserpolitischen Reputationsschaden sehr überblickbar.» Der Ausstieg aus Interreg sei ein nachhaltiger Schaden für das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU.

## Brücke zwischen Basel und Huningue gefährdet

Interreg-Projekte dienen als Anschubfinanzierung. In der Region Basel wären ohne sie so erfolgreiche Projekte wie der Museums-Pass oder die zahlreichen trinationalen Ausbildungsgänge nicht zustande gekommen. Auch die Tramverlängerungen nach Saint-Louis und Weil am Rhein

## Interreg Oberrhein

Gesamter Kooperationsraum



Quelle: Interreg Oberrhein/Grafik: jga

wären ohne Interreg-Gelder für Planung und Studien nicht verwirklicht worden. Wichtig sind sie auch für das trinationale Stadtentwicklungsprojekt Dreiland mit einer neuen Brücke zwischen Basel und Huningue.

Am Oberrhein beträgt der Beitrag des Bundes und der Nordwestschweizer Kantone 16,4 Millionen Franken. Der Bund trägt davon die Hälfte. Laut Manuel Friesecke, Geschäftsführer der Regio Basiliensis, müssen

die Kantone pro Projekt mindestens 50 Prozent übernehmen, damit Gelder vom Bund fließen. Die Regio Basiliensis verweist auf eine unabhängige Evaluation für die Umsetzungsperiode 2016–2023 und streicht die Hebelwirkung heraus: «Jeder vom Bund eingesetzte Franken löste ein Fünffaches an Investitionen in den Regionen aus.»

Sehr positiv zu Interreg äussert sich auf Anfrage auch der Aargauer Regierungsrat Markus Dieth, Vorsteher Departement Finanzen und Ressourcen, sowie Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen. Die Interreg-Programme seien «als Instrument äusserst wirkungsvoll, um die nachbarschaftlichen Beziehungen zu vertiefen, wichtige Innovationsprojekte anzustossen und den gemeinsamen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Lebensraum weiterzuentwickeln.»

Er weist darauf, dass der Aargau nicht nur im Oberrhein Programmpartner sei, sondern auch im Gebiet Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein. Weiter schreibt Dieth: «Die Beteiligung des Bundes hat in den letzten dreissig Jahren dazu beigetragen, dass sich der Wissens- und Technologietransfer in den Programmgebieten mit Schweizer Beteiligung stark intensiviert hat, sich die Potenziale des Wirtschaftsraums erschlossen haben und das internationale Netzwerk in verschiedenen Fachbereichen ausgebaut werden konnte.»

Auch für den Basler Regierungspräsidenten Conradin Cramer ist Interreg wichtig. Er kündigt an, dass sich Basel-Stadt in den nächsten Monaten eng mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen abstimmen wolle, «um zu verhindern, dass die Einzahlungen in den NRP-Fonds dauerhaft gestoppt werden». Interreg sieht er auch als «ausserpolitisches Instrument».

## Reduzierung der Einlagen statt Streichungen

Die Regio Basiliensis plädiert statt für eine Streichung der Mittel für eine Reduzierung der Einlagen. Laut Dieth hätten die Kantone dem Bund wiederholt signalisiert, gemeinsam über Sparmassnahmen zu sprechen. Dazu, ob es noch möglich sei, die Streichungen zu verhindern, sagt er: «Ich wage hier keine Prognose.» Er befürchtet: «Bei einem Verzicht auf weitere Einlagen in den Fonds ist unsicher, ob sich der Bund an der nächsten Interreg-Förderperiode 2028 bis 2034 beteiligen kann.»

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hält sich sehr bedeckt, bestätigt aber, dass die Interreg-Gelder laut der vorgesehenen Gesetzesänderung ab 2028 nicht mehr gesichert sind.

Der Bundesrat will seine Botschaft zum Sparpaket im September 2025 zuhanden des Parlaments verabschieden. Dieses könnte die Beratung dazu in der Wintersession 2025 beginnen.